

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Verantwortlich: Gemeindevorstand 25 241.
Für den Verleger: 20011.

Bezugs-Gebühr bei halbjähriger Lieferung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 2200,-
Eingangsnummer M. 100,-, Sonntagsausgabe M. 150,-.
Anzeigen-Preise. Die 14 tägige Norm kostet hier M. 300,-, außerhalb Sachsens M. 400,-. Familien-
angehörige und Etelende werden unter Wechsel jeden weiteren Rabatts M. 120,-.
Verzugsplätze laut Tarif. Unvollständige Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:
Marianstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Heise & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Redaktion nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unersuchte Schreibstücke werden nicht aufbewahrt.

Wissen Sie es,
das ein schlecht sitzendes Augenglas Ihre Nerven belastet? Tragen Sie rechtzeitig Augengläser, denn diese sind sorgfältig gearbeitet.
Optiker Gebrüder Roelke
Dresden-A., Prager Straße 23

KUNSTHANDLUNG P. RUSCH
SIDONIENSTR. 27
kauft
Telephon: 16279
Gemälde
von Achenbach, Alt, Balle, Biehlen, Böcklin, Buchholz, Bülkel, Carus, Cabel, Cras, Dahl, Delinger, Deiker, Dietrich, Dreber, Eber, Farnley, Frie, C. D. Friedrich, Gebler, Götzloff, Graff, O. und, Ortzmeyer, Kersting, Koch, Fr. Krüger, Kueli, Leib, Leopold, Lier, O. Max, Mühlh, Rayski, Thoma, Uhde, Voltz, Waldmüller, Zügel usw.

Dresdner Privat-Bank
Farnspr. 22205, a. G. m. b. H. Farnspr. 22205,
22336, 22866 Dresden-A., Grunauer Straße 22336, 22866
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte
Zweig-Niederlassung in Haldensleben-Nord, Teichelstr. 2 :: Farnspr. 407

Was wünscht sich jede Dame? Hach-Schra-Dauerwellen
mit der neuesten Nestle-Dauerwellen-Maschine aus New-York.
Jedes glatte Haar wird dauernd naturwellig und bleibt haltbar beim Waschen und Regen.
A. Hachmeister - Schrader, Dresden
Ringstr. 14 (am Bismarckdenkmal), Waisenhausstr. 15
Gegründet 1900 Fernruf 21216

Frankreich sucht Unterstützung.

Frankreichs Streben nach dem kontinentalen Block. - Italien lehnt ab. - Die Annäherungsversuche Frankreichs an Rußland. Ein neuer Mord an einen Schupobeamten. - Der Krieg gegen die Frauen. - Russischer Protest gegen das Memelstatut.

Die Schaffung eines kontinentalen Blocks.
Frankreich plant Nachholung der verpassten Vorteile von 1919.
London, 24. Febr. Der Berichtshatter der „Times“ in Paris weist auf die Anzeichen für den in Paris herrschenden Wunsch hin, einen kontinentalen Block zu schaffen, und auf die Absicht, die Ruhrbesetzung zu benutzen, um Sicherheiten gegen einen Angriff wie für Reparationen zu erhalten. Der Berichtshatter schreibt: Die Franzosen würden im geeigneten Augenblick mit den Deutschen sozusagen einen neuen Vertrag abzuschließen versuchen, der ihnen die Vorteile gebe, die im Jahre 1919 nicht erreicht wurden.

Das neue Verfahren Frankreichs.
London, 23. Febr. Der Pariser Berichtshatter der „Times“ schreibt, das wichtigste Ergebnis der französisch-belgischen Konferenz sei die teilweise Entscheidung des wahrscheinlichen Verfahrens Frankreichs zu der Zeit, wo der deutsche Widerstand endgültig niedergebrosen sein würde. Durch einen vollkommenen „logischen Prozeß“ werde es klar, daß die Ruhr-Operationen, die, wie Frankreich behauptet, trotz des Versalles Vertrags unternommen werden, den Beginn von Verhandlungen bedeuten könnten, die zu einem neuen Verfahren führen könnten. Dieses neue Verfahren würde die Schäden des alten Vertrags revidieren. Wenn diese Bemerkungen gerechtfertigt seien, dann würde am Schluß der augenblicklichen Operation zwischen Frankreich und Deutschland mit Belgien und wahrscheinlich auch Italien als Mitunterzeichnern

ein diplomatisches Instrument abgeschlossen werden, wodurch Frankreich das erhalte, was ihm in den früheren Verträgen vorzuzuzahlen worden sei.
Der Berichtshatter erklärt, obgleich eine solche Möglichkeit von Anfang an ziemlich deutlich war, würde er als auswärtiger Beobachter nicht gewagt haben, eine solche vitale Tatsache bezüglich der französischen Politik mitzuteilen, wenn nicht der Besuch des belgischen Premierministers Neubergeren in der französischen Presse ausgeflößt hätte, die diese Ansicht unterstützten. Der Berichtshatter findet die Betätigung seiner Ansicht in dem geistigen Artikel von Ferninax im „Echo de Paris“, dem er die größte Bedeutung beimißt.

Englands Ablehnung eines interalliierten Kontrollorganismus für die Ruhr.
London, 24. Febr. Der gutunterrichtete diplomatische Berichtshatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die britische Regierung habe keine offizielle Kenntnis von dem in einflussreichen Organen der französischen Presse vorgeschlagenen Pläne, einen ständigen interalliierten Organismus zur Kontrolle der Rhein- und Ruhrfrage zu schaffen, der eine Garantie für die militärische Sicherheit Frankreichs biete. Ein derartiger Plan würde, wie klar ersichtlich sei, in Widerspruch mit dem Widerstand zu dem von der französischen und belgischen Regierung wiederholt gegebenen Versicherungen stehen, daß keine Annetion beabsichtigt sei. (wtb.)

Der Gipfel phrasenhafter Verlogenheit.

Frankreich hat Absichten vor Gewalt.
Paris, 22. Febr. Bei einem Festmahl aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Komitees Maspero, das aus Vertretern des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft besteht, hielt Präsident Millerand eine Rede, in der er sagte, die Vorgänge an der Ruhr hätten der Welt die hintergedankten verraten, die Deutschland (1) begehrt, Frankreich sei von jedem Gedanken der Eroberung und Annexion entfernt, es sei aber fest entschlossen, die Sicherheit zu gewährleisten, um die nach den Verträgen ihm zustehenden Reparationen sicherzustellen. Frankreich werde sich durch nichts von seinem Ziele abbringen lassen. Das in Gegenwart belandete Vaterland habe von seinen Kindern sogar das Opfer ihres Lebens verlangt. Durch ihre Eingabe gerettet, genüge es ihm heute, daß sie sich die unerlässlichen finanziellen Lasten auferlegten, um Frankreichs Kredit in der Welt zu erhalten. Wenn Deutschland sich dem Wahne hingegen habe, daß die französische Beharrlichkeit, die nicht einmal in der Hitze von Verdun niedergebrosen werden konnte, unter sekundären Schwierigkeiten zusammenbrechen werde, dann werde Frankreich wiederum beweisen, daß man sich in seiner Mentalität täusche.

Das eng zusammengeschlossene Frankreich werde im Frieden ebenso handhaben, wie es im Kriege durchgehalten habe. Kein Volk in der ganzen Welt habe seit Beendigung der Feindseligkeiten einen größeren Beweis für seine moralische Festigkeit (?) und sein Gleichgewicht gegeben, als das französische (1). Das Wohlergehen des ganzen Volkes, wie das der einzelnen Personen brauche, um sich entwickeln zu können, Sicherheit und Ruhe. Deshalb habe Frankreich Absichten vor Gewalt (1). Es werde sie auch verwirklichen, wenn sie im Namen der Grundzüge der Ordnung und der sozialen Erbaltung anerkannt werden sollte.

Italien gibt sich nicht als Werkzeug hin.
(Wiener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Rom, 24. Febr. Die Note des Agenzia Stefani, welche den Plan des „Messaggero“ von einer gemeinsamen italienisch-französischen Ausdeutung des Ruhrgebietes ablehnt, gewinnt erhöhte Bedeutung, weil noch vorgerstern die Agence Havas diese Kampagne als Vorzeichen einer größeren italienisch-französischen Annäherung gefeiert hatte. Weiterhin wird im nächsten Monater: seine Haltung begründen, jedoch dürfte die abschließende Annahme der Anregung des „Messaggero“ durch die gesamte unabhängige Presse Italiens, sowie die Bestimmung Englands und Deutschlands, die italienische Regierung veranlassen, von dem Plane abzurücken.
Die „Iden Ragionale“ kommentiert die russisch-französischen Annäherung als füllig. Frankreich suche geistig Bündnisse mit England, mit Italien und der kleinen Entente, um gefällige Werkzeuge seiner Politik zu finden; aber dazu gebe sich Italien nicht her, um etwas Kohle und Eisen einzutauschen.

Die neue französisch-russische Annäherung.
(Wiener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
London, 24. Febr. Nach einer Meldung des „Exchange Telegraph“ aus Moskau schweben zwischen der französischen und der russischen Regierung Verhandlungen über die Wiederherstellung der Post- und Telegraphenverbindung zwischen beiden Ländern.

Die französisch-englischen Eisenbahn-Verhandlungen.

Paris, 24. Febr. Die englisch-französischen Verhandlungen über die Benutzung der kölnischen Eisenbahn für die Zwecke der Ruhrtransporte sind noch nicht beendet. Die Engländer haben außer der Linie Reuß-Düren den Franzosen nur zwei weitere 42 Güte, auf den anderen Linien die gleiche Zahl wie vor der Ruhrbesetzung zugestanden. Diese 42 Güte sollen vorwiegend auf der rechtsrheinischen Linie Koblenz-Duisburg verwendet werden. Die Franzosen wollen sich damit nicht zufrieden geben. Sie fordern weitere Zugeständnisse, besonders auf der linksrheinischen Hauptstrecke, und die belgischen Wälder hoffen, daß die Verhandlungen erfolgreich sein werden. Die Londoner „Morning Post“ teilt dagegen an dieser Frage mit, daß das englische Kabinett sich den weitergehenden französischen Forderungen widersetze.

Die Sozialdemokratie lehnt die Internationalisierung der Ruhr ab.

Berlin, 24. Febr. Zum Vorschlage der englischen Gewerkschafter, den Ruhrbergbau an internationalisierten, schreibt der sozialdemokratische „Parlamentarische“, daß sich die deutsche Arbeiterschaft mit diesem Plane keineswegs einverstanden erklären werde und könne.

Eine neue schändliche Mordtat der Franzosen.

Essen, 23. Febr. In der Nacht zum 22. Februar ist in Oberhausen in der Nähe des Bahnhofs ein deutscher Schutzpolizist von einem französischen Soldaten erschossen worden. Nach der Darstellung des amtlichen Polizeiberichtes machten gegen 12 Uhr nachts im Bahnhof zwei Schupobeamte eine Gruppe von Passanten darauf aufmerksam, daß die Franzosen vermutlich im Wintermantel die Pässe revidieren würden. Im gleichen Augenblick kamen mehrere französische Alpenjäger aus dem Bahnhofgebäude und luden ihre Gewehre. Die beiden Beamten waren ihres Bedens weiter gegangen. Ein Franzose küßte ihnen nach und setzte einem der Beamten namens Viers das ansehnliche Bajonett auf die Brust. Dieser schob das Bajonett zur Seite und Viers küßte zu Boden. Der zweite Beamte, der ebenfalls zu Boden gesunken war, awangen die Franzosen, mit erhobenen Händen zur Wache zu gehen. Viers ist die Schädeldede gestrichelt worden. Er ist am Morgen daraus im Krankenhaus verstorben. Der zweite Beamte wurde dann von den Franzosen freigelassen.

Gläster haben „genug von dem Kram“.
Frank, 24. Febr. Vier sind elf französische Telegraphisten, durchwegs Gläser, die in Prag den Telegraphendienst verrichten mußten, mit den Worten: Sie hätten genug von dem Kram“ davongelaufen.

Dollar (Amtlich): 22775

Die schleichende Regierungskrise in Sachsen.

Schon durch Wochen schleppt sich in unserer engeren Heimat die Regierungskrise hin, und immer noch wird es eine weitere Woche währen, bis die Vereinigte Sozialdemokratische Partei auf ihrer für den 4. März einberufenen Landeskonferenz über ihre Stellungnahme Beschluß faßt. Die Unzulänglichkeit des Zwischenzustandes liegt auf der Hand und drängt sich täglich mehr der Erkenntnis auf. Die Regierung wagt sich wegen ihres provisorischen Charakters an die Erledigung größerer gesetzgeberischer Aufgaben nicht heran, und darunter leidet vor allem der Etat, dessen rechtzeitige Fertigstellung schon in normalen Verhältnissen schwer hält und der nun in ganz ungebührlicher Weise verzögert zu werden droht. Auch die Kostenfrage fällt mit ins Gewicht, wenn der Landtag durch den Mangel einer ordnungsmäßigen Regierung gezwungen wird, seine Tagung weiter auszudehnen, als die Geschäftslage es notwendig macht. Endlich ist zu bedenken, daß es die so dringend wünschenswerte lebendige Anteilnahme der Sächsischen Bevölkerung an der Landespolitik schwächt und lähmt, wenn die parlamentarische Maschine nicht im regelmäßigen Gange bleibt und aus gut geübten Lagern läuft, sondern ächzt und knarrt und deutliche Zeichen von ungenügender Montierung gibt.

Angesichts dieser unbefriedigenden, das öffentliche Wohl schädigenden Verhältnisse ergibt sich von selbst die Frage, ob vielleicht der Aufbau der sächsischen Verfassung an der Möglichkeit solcher Hemmungen eine größere oder geringere Mischung trägt. Man hat insbesondere geglaubt, den Mangel eines Staatspräsidenten beansunden zu müssen, und die Meinung scheint hier und da vorzuziehen zu sein, daß die Schaffung eines Präsidialamtes der Wiederholung ähnlicher Störungen in der Abwicklung staatlicher Geschäfte einen Riegel verschlebe würde. Diese Auffassung hat indessen nur unter der Voraussetzung etwas Berechtigtes, daß der Staatspräsident dem Parlament gegenüber eine überragende Stellung einnimmt, daß er mit befriedigender Vollmacht ausgestattet ist, die ihm eine starke Autorität verleiht und es ihm ermöglicht, unter Umständen einen maßgeblichen und wirksamen Druck auf die parteipolitischen Anhaufen auszuüben. Eine solche Stellung hat der Reichspräsident. Er vertritt das Reich vollständig, hat den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht, kann im Falle der Verhängung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die verfassungsmäßigen Grundrechte außer Kraft setzen und ist befugt, den Reichstag aufzulösen, sowie ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz vor seiner Verkündung zum Volksentscheid zu bringen. An sich steht nichts im Wege, daß auch die Länder sich einen Staatspräsidenten geben, der dem Parlament gegenüber größere Machtvollkommenheiten besitzt, soweit dadurch nicht in die Reichspräsidialgewalt eingegriffen wird. Bis jetzt hat aber noch kein einzelner Bundesstaat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. In Württemberg und Baden gibt es zwar sogenannte Staatspräsidenten, die aber lediglich ein Titularamt führen. Der jeweilige Kabinettschef heißt dort Staatspräsident, genießt aber keinerlei besondere Rechte. Auch Preußen hat keinen Staatspräsidenten, und in Bayern, wo die letzten Konflikte mit der Reichsgewalt eine Bewegung zum Nutzen der Schaffung eines solchen Amtes hervorgerufen hatten, ist die Aktion wieder im Sande geblieben. Man hat offenbar in den Ländern überall die Empfindung, daß der einzelstaatliche Verfassungsdapparat durch einen Staatspräsidenten zu sehr beschwert werden würde, und daß es das andere Bild der Reichspräsidialgewalt haben und verwirren ließe, wenn jeder einzelne Staat noch einen Präsidenten neben dem Reichspräsidenten setzen wollte. Für Sachsen kommt noch das besondere Moment hinzu, daß nach Lage der parteipolitischen Verhältnisse voraussichtlich nur ein sozialdemokratischer Präsident in Frage käme, und ob sich da ein sächsischer Ebert fände, der gelegentlich auch einmal ernstlich wider den Parteistachel läden würde, erscheint doch recht zweifelhaft. Auch wäre der Versuch, einem solchen Würdenträger besondere Vorrechte gegenüber dem Parlament zu übertragen, wegen der dazu nötigen erheblichen Abstimmungsbedingungen bei und in Sachsen aussichtslos.

Wenn aber die Möglichkeit, einen Staatspräsidenten als künftigen Reiter aus den Unzulänglichkeiten des Parlamentarismus zu schaffen, aus realpolitischen Gründen ausscheiden muß, so hebt sich um so schärfer, klarer und bestimmter vom Hintergrunde der gegenwärtigen Schwierigkeiten die Verantwortlichkeit der Vereinigten Sozialdemokraten als der stärksten politischen Partei für die Lösung der Regierungskrise